

JULIAN EIBL

# Privatheit durch Bargeld?

*Internet und Gesellschaft*

21

---

**Mohr Siebeck**

Internet und Gesellschaft  
Schriften des Alexander von Humboldt Institut  
für Internet und Gesellschaft

Herausgegeben von  
Jeanette Hofmann, Ingolf Pernice,  
Thomas Schildhauer und Wolfgang Schulz

21





Julian Eibl

# Privatheit durch Bargeld?

Zu den Grenzen hoheitlicher Bargeldbeschränkungen  
aus dem grundrechtlichen Schutz von Privatheit

Mohr Siebeck

*Julian Eibl*, geboren 1990; Studium der Rechtswissenschaft in München und Washington, D.C.; 2016 Erste Juristische Prüfung; 2016–19 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere Kirchenrecht sowie Deutsches Staats- und Verwaltungsrecht an der Ludwig-Maximilians-Universität München; 2017 Forschungsaufenthalt an der University of California, Berkeley, CA; 2020 Promotion; seit 2019 Rechtsreferendar im Bezirk des OLG München.  
orcid.org/0000-0001-9351-2301

ISBN 978-3-16-159767-1 / eISBN 978-3-16-159775-6  
DOI 10.1628/978-3-16-159775-6

ISSN 2199-0344 / eISSN 2569-4081 (Internet und Gesellschaft)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2020 Mohr Siebeck Tübingen. [www.mohrsiebeck.com](http://www.mohrsiebeck.com)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

*Meiner Familie*



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2019/20 von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen. Für die Veröffentlichung habe ich sie aktualisiert und konnte Entwicklungen in Rechtsprechung und Literatur bis Juli 2020 berücksichtigen.

Mein herzlicher Dank gebührt zunächst meinem Doktorvater und akademischen Lehrer Professor Dr. Stefan Koriath, der mich über viele Jahre hinweg begleitet und gefördert hat, mir an seinem Lehrstuhl die für ein solches Projekt notwendige und förderliche akademische Freiheit zuteilwerden ließ und mir gleichzeitig lehrreiche Verantwortung in vielen Bereichen übertrug. Für das anregende Zweitgutachten und seine Denkanstöße im Vorfeld danke ich herzlich Herrn Professor em. Dr. Rudolf Streinz, der bereits während des Studiums mein Interesse für das Zusammenspiel der nationalen und europäischen (Grund-)Rechtsordnungen geweckt hat.

Einblicke in das US-amerikanische Recht, die ich während meines Forschungsaufenthaltes an der University of California, Berkeley gewinnen durfte, haben mir zusätzliche Perspektiven auf den Untersuchungsgegenstand eröffnet. Deshalb danke ich Herrn Professor Paul M. Schwartz für die Einladung an das Berkeley Center for Law und Technology und Herrn Professor Chris J. Hoofnagle für seine Bereitschaft zum Austausch und die Anregungen im persönlichen Gespräch. Mein Forschungsaufenthalt wurde gefördert durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst und die Bayerische Amerika-Akademie, wofür ich ebenfalls dankbar bin.

Mein Dank gilt außerdem den Herausgebern für die Aufnahme dieser Arbeit in die Schriftenreihe „Internet und Gesellschaft“ sowie der Stiftung „Geld und Währung“ für die großzügige finanzielle Unterstützung der Drucklegung.

Einen wesentlichen Anteil am Gelingen dieses Dissertationsvorhabens hatten zahlreiche Freundinnen und Freunde sowie Kolleginnen und Kollegen, die mich während dieser spannenden Zeit mit freundschaftlichem Zuspruch, mit ihrer stetigen Bereitschaft zu ausführlichen Diskussionen und mit Unterstützung aller Art begleitet haben. Stellvertretend für viele seien genannt Franziska Hobmaier, Jonas Marx, Marie von Mücke, Dr. Michaela Müller, Dr. Michael W. Müller, M.A., LL.M. (Cantab), Lisa-Marie Schmidt, Dr. (Ren-

min University) Tian Wei und Dr. Marie-Therese Zierys. Ohne euch wäre das Projekt nicht in dieser Form möglich gewesen. Herzlichen Dank!

Mein ganz besonderer Dank gilt schließlich meiner Familie und Veronika, die mich auf meinem bisherigen Weg in jeder erdenklichen Weise unterstützt und mir jederzeit den nötigen Rückhalt geboten haben. Danke für euer Vertrauen, eure Bestärkung und eure Begleitung.

München, im Juli 2020

Julian Eibl

## Inhaltsübersicht

Vorwort.....	VII
Inhaltsverzeichnis .....	XI
Abkürzungsverzeichnis .....	XXV
Einleitung und Problemskizze: Beschränkung „geprägter Freiheit“? .....	1
Kapitel 1: Bargeldbeschränkungen und ihre privatheits- grundrechtlichen Grenzen – eine Annäherung .....	5
A. <i>Bargeldbeschränkungen</i> .....	5
B. <i>Panorama: Anknüpfungspunkte rechtlicher Grenzen für eine         Beschränkung des Bargeldes</i> .....	8
C. <i>Engführung auf Privatheit: Gang der Untersuchung         privatheitsgrundrechtlicher Grenzen für Bargeldbeschränkungen</i> .....	31
Kapitel 2: Bargeld und Barzahlung .....	33
A. <i>Bargeld als Erscheinungsform des Geldes aus tatsächlich-         historischer Perspektive: Bargeldbeschränkungen als         „konsequenter“ Entwicklungsschritt?</i> .....	33
B. <i>Bargeld aus wirtschaftswissenschaftlicher und juristischer Sicht</i> .....	59
C. <i>Übertragung von Bargeld und Alternativen zur Barzahlung</i> .....	123
Kapitel 3: Privatheit und ihr grundrechtlicher Schutz .....	181
A. <i>Privatheit</i> .....	181
B. <i>Grundrechtlicher Schutz der Privatheit</i> .....	215

Kapitel 4: Bargeldbeschränkungen als Eingriffe in die grundrechtlich geschützte Privatheit – Zahlungsdaten als Schlüssel zur Persönlichkeit .....	239
A. <i>Privatheitsentfall durch Bargeldbeschränkungen</i> .....	240
B. <i>Gefahren: Daten und Informationen als Spiegel der Persönlichkeit</i> ....	248
C. <i>Bargeldbeschränkungen als Eingriff in die grundrechtlich geschützte Privatheit</i> .....	307
 Kapitel 5: Die einzelnen Bargeldbeschränkungen und ihre privatheitsgrundrechtlichen Grenzen.....	375
A. <i>Maßstab für eine Rechtfertigung hoheitlicher Bargeldbeschränkungen</i> .	376
B. <i>Bargeldbeschränkungen und die sie tragenden Gründe</i> .....	382
C. <i>Zielverwirklichung durch Bargeldbeschränkungen?</i> .....	406
D. <i>Zweckerreichung durch alternative Mittel?</i> .....	451
E. <i>Rahmen für eine grundrechtskonforme Ausgestaltung von Bargeldbeschränkungen</i> .....	458
 Kapitel 6: Gesamtergebnis der Untersuchung .....	499
A. <i>Fazit</i> .....	499
B. <i>Zusammenfassende Thesen</i> .....	500
 Literaturverzeichnis.....	505
Sachverzeichnis.....	543

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Inhaltsübersicht .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXV
Einleitung und Problemskizze: Beschränkung „geprägter Freiheit“? .....	1
Kapitel 1: Bargeldbeschränkungen und ihre privatrechtsrechtlichen Grenzen – eine Annäherung .....	5
A. Bargeldbeschränkungen.....	5
B. Panorama: Anknüpfungspunkte rechtlicher Grenzen für eine Beschränkung des Bargeldes .....	8
I. Währungsverfassung.....	9
1. Textliche Verankerung im Primär- und Verfassungsrecht.....	9
2. Funktionieren der Zahlungssysteme.....	11
3. Gesetzliches Zahlungsmittel .....	12
4. Wirksame Ausführung der Geldpolitik und Verpflichtung auf Preisstabilität .....	16
II. Verhältnis objektiv-rechtlicher und subjektiv-rechtlicher Dimensionen des Bargeldes .....	18
III. Grundrechte und Grundfreiheiten.....	18
1. Privatheit .....	18
2. Eigentum .....	19
a) Haben und Verfügen .....	19
b) Geldwert .....	22
3. Privatautonomie und Vertragsfreiheit .....	26
4. Beruf .....	28
5. Andere Anknüpfungspunkte .....	29

<i>C. Engführung auf Privatheit: Gang der Untersuchung privatrechtsrechtlicher Grenzen für Bargeldbeschränkungen.....</i>	31
<b>Kapitel 2: Bargeld und Barzahlung .....</b>	<b>33</b>
<i>A. Bargeld als Erscheinungsform des Geldes aus tatsächlich-historischer Perspektive: Bargeldbeschränkungen als „konsequenter“ Entwicklungsschritt? .....</i>	<i>33</i>
I. Bestimmte Naturalgüter als frühe Erscheinungsformen des Geldes.....	35
II. Metallgeld: Münzen und die Institutionalisierung des Geldwesens durch den Staat .....	38
1. Barren und Münzen .....	38
2. Institutionalisierung in den Poleis des antiken Griechenlands und dem antiken Rom.....	39
3. Vereinheitlichungsversuche und Eingriffe in den Münzfuß: mitteleuropäisches Münzwesen im Mittelalter .....	40
4. Münzgeschichte der Neuzeit: Territorialstaaten als Grundlage für ein gesichertes Münzwesen .....	40
5. Münzen zwischen Metallismus und Nominalismus.....	41
a) Goldbasierte Währungen, Kurant- und Scheidemünzen.....	41
b) Das Wesen des Geldes und die intellektuelle Überwindung des Metallismus .....	42
III. Papier- und Buchgeld.....	44
1. Buchgeld und seine Übertragung.....	45
a) Frühe Bankiers: Hinterlegung von Münzgeld, Überweisungen und Kreditwesen .....	45
b) Verbreitung und weitere Institutionalisierung des Buchgelds .....	46
2. Papiergeld.....	47
a) Faktisches Papiergeldäquivalent: Goldsmith Notes in Großbritannien .....	47
b) Scheitern früher Papiergeldsysteme.....	47
c) Zentralbanken als Voraussetzung für Papiergeld im heutigen Sinn .....	48
d) Allgemeine Abkehr von der Edelmetalldeckung im Geldwesen .....	49
IV. Digitalisierung des Geldwesens .....	51
1. E-Geld .....	52
2. „Virtuelle Währungen“ .....	53
V. Zwischenfazit.....	58

<i>B. Bargeld aus wirtschaftswissenschaftlicher und juristischer Sicht</i> .....	59
I. Deutungshoheit über den Begriff des Geldes: Wirtschafts-, Rechts- oder Sozialwissenschaften?.....	59
II. Wirtschaftswissenschaftliche Betrachtung .....	62
1. Funktionaler Geldbegriff .....	63
a) Geldfunktionen .....	64
b) Stoffliches und nichtstoffliches Geld als funktionales Geld.....	67
2. Geldschöpfung und Geldmengen .....	67
a) Geldschöpfung durch Zentral- und Geschäftsbanken im zweistufigen Bankensystem .....	68
b) Einteilung des Geldes in Geldmengen .....	70
III. Juristische Betrachtung .....	72
1. Rechtlicher Rahmen: Bargeld und Buchgeld im nationalen Recht und im europäischen Unionsrecht .....	73
a) Bargeld.....	73
aa) Euro-Münzen.....	75
bb) Euro-Banknoten.....	78
cc) Monetisierung und Demonetisierung .....	81
(1) Monetisierung .....	81
(2) Demonetisierung .....	84
dd) Bargeldgewinn.....	86
ee) Hoheitliches Ausgabemonopol .....	88
b) Buchgeld.....	90
aa) Buchgeld als Forderung .....	90
bb) Entstehung von Buchgeld .....	90
cc) Untergang von Buchgeld .....	93
dd) Zwischenfazit: zentrale Rolle der Geschäftsbanken unter hoheitlicher Einhegung .....	94
c) Einordnung digitaler Geldformen .....	94
aa) E-Geld .....	94
bb) „Virtuelle Währungen“ .....	95
d) Gesetzliches Zahlungsmittel.....	98
aa) Bargeld als gesetzliches Zahlungsmittel.....	99
bb) Buchgeld und der Bedeutungsverlust des Annahmewillenszwanges in Anschlussfragen .....	101
e) Nominalwertprinzip .....	102
f) Nationale Währungshoheit und Übertragung auf die europäische Ebene.....	103
aa) Währungshoheit.....	103
bb) Übertragung auf die europäische Ebene .....	104
cc) Materielle Grundentscheidungen und korrespondierende Instrumente.....	106

(1) Preisstabilität.....	107
(2) Geldpolitisches Instrumentarium.....	108
(3) Asymmetrie der Kompetenzen für Wirtschafts- und Währungspolitik.....	111
(4) Zwischenfazit.....	112
dd) Institutionelle Verwirklichung .....	113
(1) Nationale Zentralbanken und Europäisches System der Zentralbanken.....	113
(2) Europäische Zentralbank .....	114
(3) Unabhängigkeit .....	115
ee) Förderung des reibungslosen Funktionierens der Zahlungs-systeme als weitere Aufgabe des Europäischen Systems der Zentralbanken .....	116
2. Juristischer Geldbegriff .....	117
a) Geldbegriffe in den verschiedenen Bereichen des Rechts.....	117
b) Abstrakte Einordnung von Bargeld und Buchgeld als Geld im rechtlichen Sinn .....	120
<i>C. Übertragung von Bargeld und Alternativen zur Barzahlung .....</i>	<i>123</i>
I. Barzahlung.....	124
1. Charakteristika der Barzahlung.....	124
2. Rechtliche Abwicklung und Folgen.....	125
3. Bedeutung in der Praxis.....	127
II. Bargeldlose Bezahlverfahren als Alternative zur Barzahlung:	
Elektronisierung der Zahlungsabwicklung .....	130
1. Grundform der bargeldlosen Zahlung .....	130
2. Überweisung und Lastschrift .....	134
a) Überweisung .....	134
b) Lastschrift .....	136
3. Scheck, Wechsel.....	137
4. Kartenzahlungen.....	138
a) Grundsätzliche Datenübertragung .....	139
b) Übersicht über verschiedene Systeme und Anbieter .....	141
c) Technik der Datenübertragung während des Bezahlvorganges .....	143
aa) Nahabsatz .....	143
(1) Kontaktgebundene Zahlungskarten.....	143
(2) Kontaktlose Zahlungskarten .....	147
bb) Fernabsatz.....	148
5. Zahlungen im Internet .....	150
a) Nutzung traditioneller Bezahlverfahren und Ergänzung um Internet-Funktionalitäten .....	150
b) Wallet-Systeme .....	152

c) Weitere Möglichkeiten der Zahlung im Internet .....	154
d) Exkurs: „virtuelle Währungen“ .....	155
6. Mobile Bezahlverfahren .....	158
a) Grundlegende Funktionsweise und Abgrenzung zu anderen Bezahlverfahren .....	159
aa) Charakteristikum: Bezahlen unter Verwendung eines mobilen Endgerätes .....	159
bb) Proximity und remote payments .....	160
cc) Sonderfall Person-to-Person-Zahlungen.....	162
b) Technische Verwirklichung der Datenübertragung im Nahabsatz und bei Person-to-Person-Zahlungen.....	163
aa) NFC-Sticker.....	163
bb) NFC-Hardware des mobilen Endgerätes .....	164
(1) Funktionsweise.....	164
(2) Anwendungsbeispiele: Apple Pay, Google Pay und PAYBACK PAY .....	167
cc) Bluetooth Low Energy (BLE) .....	171
dd) Quick Response (QR) Codes .....	172
III. Bargeldersatzfunktion bargeldloser Bezahlverfahren unter Inkaufnahme von Datenübertragung .....	174
1. Bargeldersatzfunktion bargeldloser Bezahlverfahren .....	174
2. Notwendigkeit der Datenübertragung bei bargeldlosen Bezahlverfahren.....	175
Kapitel 3: Privatheit und ihr grundrechtlicher Schutz .....	181
A. <i>Privatheit</i> .....	181
I. Historische Entwicklungslinien.....	183
1. Abschottung als menschliches Bedürfnis .....	183
2. Oikos und polis in der griechischen Antike.....	184
3. Publicus und privatus in der römischen Antike .....	186
4. Persönliche Abhängigkeiten des Mittelalters .....	188
5. Die persönliche Freiheitsphäre und das Individuum als Maßstab.....	190
a) Die Entdeckung des Individuums und der Liberalismus .....	190
b) Privatheit als Schutz der individuellen Freiheitsphäre.....	193
6. Betonung der Öffentlichkeit .....	194
7. Neue Herausforderungen und der Aufstieg des Datenschutzes.....	196
II. Mehr als Abschottung: Charakterisierung von Privatheit als Exklusivität und Zugangskontrolle.....	200
III. Materieller Gehalt der Privatheit .....	204

1. Was ist privat?.....	204
2. Abstrakte Theoriebildung?.....	205
3. Drei Dimensionen der Privatheit.....	206
IV. Eigenwert der Privatheit.....	208
1. Individueller Eigenwert .....	209
2. Kollektiver Eigenwert.....	213
<i>B. Grundrechtlicher Schutz der Privatheit.....</i>	<i>215</i>
I. Anknüpfungspunkt.....	216
II. Relevante Grundrechtsordnungen .....	217
III. Abstrakter Schutz von Privatheit oder punktuelle Gewährleistungen?.....	220
IV. Schutz der Privatheit durch das Grundgesetz .....	222
1. Privatheitsschutz durch Art. 10 und Art. 13 GG sowie andere spezielle Freiheitsrechte.....	222
2. Art. 2 Abs. 1 GG: freie Entfaltung der Persönlichkeit.....	223
3. Gehalt des allgemeinen Persönlichkeitsrechts: Vertraulichkeit von (Innen-)Räumen und Selbstdarstellung nach außen.....	226
4. Zwischenfazit .....	228
V. Schutz der Privatheit durch die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und die Europäische Menschenrechtskonvention .....	228
1. Wohnung, Familienleben und Kommunikation/Korrespondenz .....	229
2. Privatleben und Schutz personenbezogener Daten .....	231
a) Allgemein: Schutz des Privatlebens.....	231
b) Speziell: Schutz personenbezogener Daten.....	233
aa) Personenbezogene Daten als Schutzobjekt in beiden Grundrechtsordnungen.....	233
bb) Besonderheit in der Grundrechtecharta: separate Normierung des Schutzes personenbezogener Daten .....	234
(1) Verhältnis von Art. 7 und Art. 8 GRCh .....	234
(2) Anwendbarkeit der Entsprechungsklausel auf Art. 8 GRCh.....	236
(3) Verhältnis von Art. 8 GRCh und Art. 16 AEUV.....	237
<b>Kapitel 4: Bargeldbeschränkungen als Eingriffe in die grundrechtlich geschützte Privatheit – Zahlungsdaten als Schlüssel zur Persönlichkeit .....</b>	<b>239</b>
<i>A. Privatheitsentfall durch Bargeldbeschränkungen.....</i>	<i>240</i>
I. Buchgeldverwendung als notwendige Folge von Bargeldbeschränkungen .....	240

1.	Verwendung von Geld als Notwendigkeit in einer komplexen, arbeitsteiligen Wirtschaft und Gesellschaft.....	240
2.	Buchgeld als einzige Alternative zu Bargeld.....	242
3.	Zwischenfazit: Nutzung von Buchgeld als notwendige Folge von Bargeldbeschränkungen.....	243
II.	Privatheitsentfall bei bargeldlosen Zahlungen.....	243
1.	Verlust von Exklusivität und Zugangskontrolle .....	243
a)	Explizite und implizite Preisgabe .....	244
b)	Ausforschung .....	245
2.	Preisgabe von Daten durch bargeldlose Zahlungen als Privatheitsentfall.....	246
a)	Notwendigkeit der Datenpreisgabe als Folge von Bargeldbeschränkungen .....	246
b)	(Zahlungs-)Daten als Objekt der Privatheit .....	246
 <i>B. Gefahren: Daten und Informationen als Spiegel der Persönlichkeit .....</i>		 248
I.	Persönlichkeitsrelevanz von Zahlungsdaten .....	248
1.	Rückschlüsse auf Grundlage des Mindestdatensatzes .....	249
2.	Rückschlüsse auf Grundlage anonymisierter Metadaten .....	252
3.	Rückschlüsse auf Grundlage von Inhaltsdaten .....	253
4.	Zwischenfazit .....	254
II.	Datenpreisgabe im Internet .....	255
1.	Explizite Preisgabe im Internet.....	256
a)	Soziale Netzwerke.....	256
b)	Explizite Preisgabe in weiteren Bereichen.....	257
c)	Gründe und Folgen expliziter Preisgabe .....	258
2.	Implizite Preisgabe im Internet.....	260
a)	Technisch notwendige implizite Preisgabe während der Internetnutzung .....	260
b)	Nachverfolgung inner- und außerhalb einer Webseite und Sitzung .....	261
c)	Konnex zwischen den technischen Daten und dem Privatheitsträger .....	264
III.	Quantitative und qualitative Vervollständigung bestehender Datenbestände durch Zahlungsdaten .....	265
1.	Quantitative Vervollständigung .....	266
2.	Qualitative Vervollständigung .....	269
a)	Preisgabe von Daten aus vielen Bereichen des Lebens .....	269
b)	Verknüpfung von Zahlungsdaten mit sonstigen über den Privatheitsträger verfügbaren Daten.....	270
c)	Zwischenfazit.....	272

IV. Zugriffs- und Auswertungsmöglichkeiten zur Erstellung von Persönlichkeitsbildern .....	272
1. Zugriff auf den bei Privaten bestehenden Datenbestand.....	273
a) Vorschriften zur Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismus- finanzierung und anderer Delikte der Wirtschaftskriminalität ..	275
aa) Pflichten und Verpflichtete .....	275
bb) Insbesondere: kontinuierliches Monitoring .....	277
cc) Verdachtsmeldung .....	279
dd) Zwischenfazit .....	280
b) Staatlicher Zugriff auf Datenbestände bei Privaten und originäre staatliche Datenerhebung .....	281
aa) Automatisierter Abruf von Kontoinformationen .....	281
bb) Auskunftsverlangen nach § 8a BVerfSchG und vergleichbaren landesrechtlichen Regelungen.....	283
cc) Weitere Befugnisse .....	285
2. Auswertung großer Datenmengen: Persönlichkeitsbilder .....	287
a) Big-Data-Analytik: Profilbildung aus großen Datenmengen.....	287
b) Erstellen von Persönlichkeitsprofilen .....	289
aa) Persönlichkeitsprofile als besonders privatheits- gefährdender Anwendungsfall der Big-Data-Analytik .....	289
bb) Datengrundlage für Persönlichkeitsprofile .....	292
3. Anwendungsbeispiel: Rasterfahndung .....	295
a) Ablauf einer Rasterfahndung .....	296
b) Betroffene Daten .....	297
c) Verknüpfende Auswertung als Charakteristikum der Rasterfahndung .....	298
4. Anwendungsbeispiel: Microtargeting .....	298
a) Personalisierte Werbung und Empfehlungen .....	299
aa) Personalisierte Werbung und Empfehlungen im Internet ..	299
bb) Personalisierte Werbung und Empfehlungen im Offlinebereich.....	302
b) Politisches Microtargeting.....	304
 <i>C. Bargeldbeschränkungen als Eingriff in die grundrechtlich geschützte Privatheit .....</i>	 307
I. Nationales Recht .....	307
1. Recht auf informationelle Selbstbestimmung.....	307
a) Zahlungsdaten im Schutzbereich des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung .....	307
aa) Grundlegungen .....	307
bb) Personenbezogene (Zahlungs-)Daten als Schutzobjekt .....	310
cc) Persönlichkeitsbezug von Zahlungsdaten.....	314

dd)	Zwischenfazit .....	319
b)	Staatlicher Eingriff oder grundrechtliche Schutzpflicht vor Beeinträchtigungen durch Dritte? .....	320
aa)	Grundrechtsfunktionen und -dimensionen.....	320
bb)	Kein genereller Vorrang einer Funktion.....	325
cc)	Abgrenzung nach Art der staatlichen Maßnahme.....	326
dd)	Abgrenzung nach Gefährdungslage .....	327
(1)	Doppelte Gefährdungslage bei demselben Grundrechtsträger durch Bargeldbeschränkungen .....	328
(2)	Keine Abkehr von der Unterscheidung zwischen Abwehr- und Schutzpflichtfunktion im Falle des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung.....	329
ee)	Auflösung des Konflikts zwischen Abwehr- und Schutzpflichtfunktion .....	331
ff)	Exkurs: privatheitsgrundrechtliche Einrichtungsgarantie für das Bargeld?.....	331
gg)	Zwischenfazit .....	335
c)	Bargeldbeschränkungen als Grundrechtseingriff .....	335
aa)	Eingriffsbegriffe: Anknüpfungspunkte für eine Schutz- bereichsverkürzung durch Bargeldbeschränkungen.....	335
bb)	Einschüchterungseffekte .....	337
cc)	Eingriff durch Bargeldbeschränkungen als solche.....	346
dd)	Eingriff durch Vertiefung der in Form staatlicher Datenerhebungs- und Datenverarbeitungsbefugnisse bereits bestehenden Eingriffe.....	347
ee)	Eingriff durch Veranlassung zur Datenpreisgabe gegenüber Privaten .....	352
ff)	Eingriffsausschluss durch „freiwillige“ Preisgabe von Zahlungsdaten?.....	355
d)	Zwischenfazit.....	358
2.	Andere Grundrechte .....	359
a)	Recht auf Vertraulichkeit und Integrität informations- technischer Systeme .....	359
b)	Schutz der Privat- und engeren persönlichen Lebenssphäre.....	362
II.	Grundrechtecharta und EMRK.....	364
1.	Grundrechtlicher Schutz von Zahlungsdaten durch Art. 7 i.V.m. Art. 8 Abs. 1 GRCh sowie durch Art. 8 Abs. 1 EMRK .....	364
a)	Weites Schutzbereichsverständnis als Grundlage für den Schutz von Zahlungsdaten.....	365
b)	(Zahlungs-)Daten als Schutzobjekt.....	366
2.	Eingriff.....	368
a)	Grundrechtsdimensionen.....	368
b)	Eingriff durch hoheitliche Bargeldbeschränkungen .....	370

- c) Keine eingriffsausschließende Einwilligung..... 374
- d) Zwischenfazit..... 374

## Kapitel 5: Die einzelnen Bargeldbeschränkungen und ihre privatheitsgrundrechtlichen Grenzen..... 375

### A. Maßstab für eine Rechtfertigung hoheitlicher Bargeldbeschränkungen. 376

- I. Grundsätzliche Rechtfertigungsbedürftigkeit und -möglichkeit..... 376
- II. Dennoch: Anknüpfungspunkte für absoluten Schutz? ..... 380

### B. Bargeldbeschränkungen und die sie tragenden Gründe..... 382

- I. Die einzelnen Bargeldbeschränkungsmöglichkeiten..... 382
  - 1. Vollständige Abschaffung des Bargeldes..... 382
  - 2. Abschaffung von Banknoten hoher Denomination..... 383
  - 3. Periodisch fälliger Zahlbetrag auf Bargeld..... 385
  - 4. Duales Währungsmodell: Entkoppelung von Bar- und Buchgeld... 387
  - 5. Bartransaktionsbeschränkungen: betragsmäßige Obergrenze für Bartransaktionen (Barzahlungsobergrenzen) oder Meldepflicht ab einem bestimmten Bartransaktionsbetrag ..... 389
- II. Ziele der Bargeldbeschränkungen als legitime Zwecke im Sinne der Verhältnismäßigkeitsprüfung ..... 391
  - 1. Bekämpfung illegaler Aktivitäten ..... 394
  - 2. Erweiterung des Handlungsspielraumes der Zentralbanken: Absenken der effektiven Zinsuntergrenze ..... 397
    - a) Grenze konventioneller Geldpolitik: effektive Zinsuntergrenze und Liquiditätsfalle ..... 397
    - b) Erweiterung des Handlungsspielraumes der Zentralbanken als legitimes Ziel ..... 400
  - 3. Senkung der gesamtwirtschaftlichen Kosten für Zahlungsvorgänge durch eine Ablösung der Barzahlung durch bargeldlose Bezahlverfahren..... 401
  - 4. Zwischenfazit ..... 405

### C. Zielverwirklichung durch Bargeldbeschränkungen? ..... 406

- I. Betroffene rechtliche Kategorien und ihr jeweiliger Maßstab..... 406
  - 1. Zielverwirklichung als prognostische Frage in der Geeignetheitsprüfung..... 406
  - 2. Zielverwirklichung als Teil der wertenden Betrachtung in der Prüfung der Verhältnismäßigkeit im engeren Sinn..... 410

II. Bargeldbeschränkungen und ihr Potential zur Verwirklichung der angestrebten Ziele .....	412
1. Bekämpfung illegaler Aktivitäten durch Bargeldbeschränkungen?	413
a) Illegale Aktivitäten und Bargeld.....	413
b) Quantifizierung .....	418
aa) Quantifizierung möglicherweise betroffener illegaler Aktivitäten.....	418
bb) Indikatoren für einen Zusammenhang zwischen Bargeld und illegalen Aktivitäten.....	420
c) Verwirklichung durch die einzelnen Beschränkungs- möglichkeiten.....	423
aa) Vollständige Bargeldabschaffung .....	423
bb) Abschaffung von Banknoten hoher Denomination .....	423
cc) Periodisch fälliger Zahlbetrag auf Bargeld.....	426
dd) Duales Währungsmodell.....	426
ee) Bartransaktionsbeschränkungen.....	427
d) Schlussfolgerung: Bekämpfung illegaler Aktivitäten durch Bargeldbeschränkungen?.....	430
2. Erweiterung des Handlungsspielraumes der Zentralbanken durch Bargeldbeschränkungen? .....	430
a) Absenken der effektiven Zinsuntergrenze.....	430
b) Verwirklichung durch die einzelnen Beschränkungs- möglichkeiten.....	433
aa) Vollständige Bargeldabschaffung .....	433
bb) Abschaffung von Banknoten hoher Denomination .....	434
cc) Periodisch fälliger Zahlbetrag auf Bargeld.....	435
dd) Duales Währungsmodell.....	436
ee) Bartransaktionsbeschränkungen.....	437
c) Schlussfolgerung: Erweiterung des Handlungsspielraumes der Zentralbanken durch Bargeldbeschränkungen?.....	438
3. Senkung der gesamtwirtschaftlichen Zahlungskosten durch Bargeldbeschränkungen? .....	438
a) Kostenbarer und bargeldloser Zahlungen .....	438
b) Korrekturbedürftige Marktverzerrung zu Gunsten der Barzahlung? .....	440
c) Weitere Kostenfaktoren.....	442
aa) Schnelligkeit der Zahlung als Kostenfaktor .....	442
bb) Sicherheit der Zahlung als Kostenfaktor .....	443
d) Verwirklichung durch die einzelnen Beschränkungs- möglichkeiten.....	444
aa) Vollständige Bargeldabschaffung .....	444
bb) Abschaffung von Banknoten hoher Denomination.....	444
cc) Periodisch fälliger Zahlbetrag auf Bargeld.....	444

dd) Duales Währungsmodell.....	444
ee) Bartransaktionsbeschränkungen.....	444
e) Schlussfolgerung: Senkung der gesamtwirtschaftlichen Zahlungskosten durch Bargeldbeschränkungen? .....	445
4. Auswirkungen potentieller Substitutionseffekte auf die einzelnen Ziele.....	445
a) Von Substitutionseffekten potentiell betroffene Bereiche und Ziele .....	446
b) Eindämmung drohender Substitutionseffekte .....	447
c) Schlussfolgerung: Wirksamkeitshindernis Substitutionseffekte? .....	448
5. Zusammenfassung: Zielverwirklichung durch Bargeldbeschränkungen? .....	448
III. Rechtliche Schlussfolgerungen .....	449
1. Bezüglich der Geeignetheit im Sinne der Verhältnismäßigkeitsprüfung.....	449
2. Bezüglich der Erfolgswahrscheinlichkeit als Teil der Prüfung der Verhältnismäßigkeit im engeren Sinn .....	450
<i>D. Zweckerreichung durch alternative Mittel? .....</i>	451
I. Alternativen in Hinblick auf die Bekämpfung illegaler Aktivitäten.....	452
II. Alternativen in Hinblick auf die Senkung der gesamtwirtschaftlichen Zahlungskosten.....	453
III. Alternativen in Hinblick auf die Erweiterung des geldpolitischen Handlungsspielraumes der Zentralbanken.....	454
IV. Abstufung innerhalb der verschiedenen Varianten der Bargeldbeschränkung.....	457
<i>E. Rahmen für eine grundrechtskonforme Ausgestaltung von   Bargeldbeschränkungen .....</i>	458
I. Abwägungsgrundlage.....	459
1. Bedeutung des Grundrechtsgutes: individueller und kollektiver Eigenwert informationeller Privatheit.....	459
2. Intensität des Eingriffs: Streubreite und Tiefenwirkung von Bargeldbeschränkungen.....	460
a) Besondere Persönlichkeitsrelevanz und Betroffenheit nahezu aller Grundrechtsträger.....	460
b) Folgewirkung: Vertiefung bestehender intensiver Grundrechtsbeeinträchtigungen .....	463
c) Unterschiedliche Eingriffsintensität der verschiedenen Beschränkungsmöglichkeiten .....	467
3. Gewicht der Ziele .....	468

a)	Gewicht der Bekämpfung illegaler Aktivitäten.....	468
b)	Gewicht der Erweiterung des Handlungsspielraumes der Zentralbanken .....	470
aa)	Handlungsfähigkeit der Zentralbanken als Rechtsgut aus dem Grundgesetz und dem Primärrecht sowie nach Art. 8 Abs. 2 EMRK .....	470
bb)	Negative Auswirkungen mittel- und langfristiger signifikanter Negativzinsen?.....	470
c)	Gewicht der gesamtwirtschaftlichen Kostenersparnis .....	473
4.	Erfolgswahrscheinlichkeit .....	474
II.	Abwägung verschiedener Beschränkungskategorien .....	475
1.	Unverhältnismäßigkeit eines vollständigen oder weitgehenden Ausschlusses der relativ-anonymen Bargeldnutzung.....	476
2.	Grundsätzliche Erhaltung der relativ-anonymen Bargeldnutzung ..	478
III.	Grundrechtsschonende Ausgestaltungsmöglichkeiten .....	480
1.	Ausgestaltung der Datenerhebung und -verarbeitung durch Private .....	481
a)	Gefährdungslage und Regulierungsbedarf .....	481
b)	Vertrauen in die ordnungsgemäße Datenverarbeitung als neues Charakteristikum von Privatheit?.....	482
c)	Ansatzpunkte für eine verstärkte Regulierung im Bereich der Zahlungsdaten .....	485
aa)	Einbindung des Privatheitsträgers .....	486
bb)	Technik und Organisation.....	489
2.	Ausgestaltung der Datenerhebung und -verarbeitung durch den Hoheitsträger .....	491
a)	Generelle Einschränkung der Zugriffs- und Verarbeitungsbefugnisse .....	493
b)	Erhöhte Tatbestandsvoraussetzungen und Begrenzung der Auswertung .....	493
c)	Verfahrensanforderungen, Zweckbindung und weitere Einschränkungen der hoheitlichen Datenverarbeitung .....	495
3.	Zwischenfazit .....	497

Kapitel 6: Gesamtergebnis der Untersuchung .....	499
<i>A. Fazit</i> .....	499
<i>B. Zusammenfassende Thesen</i> .....	500
Literaturverzeichnis.....	505
Sachverzeichnis.....	543

## Abkürzungsverzeichnis

A. B. A. J.	American Bar Association Journal (Zeitschrift)
a.A.	andere Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Zeitschrift)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Alt.	Alternative
Am. Anthropologist	American Anthropologist (Zeitschrift)
Anm.	Anmerkung
Anthr. Theor.	Anthropological Theory (Zeitschrift)
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschrift)
Art.	Artikel
ATDG	Gesetz zur Errichtung einer standardisierten zentralen Antiterrordatei von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten von Bund und Ländern
BaFin Journal	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht Journal (Zeitschrift)
Bank of Canada Rev.	Bank of Canada Review (Zeitschrift)
BankR-HdB	Bankrechtshandbuch
BayPAG	Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
BayVSG	Bayerisches Verfassungsschutzgesetz
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BBankG	Gesetz über die Deutsche Bundesbank
BCLT Res. Paper	Berkeley Center for Law and Technology Research Paper
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeckOGK BGB	beck-online.GROSSKOMMENTAR BGB
BeckOK BGB	Beck'scher Online-Kommentar Bürgerliches Gesetzbuch
BeckOK Datenschutzrecht	Beck'scher Online-Kommentar Datenschutzrecht
BeckOK GG	Beck'scher Online-Kommentar Grundgesetz
BeckOK Polizei- und Ordnungsrecht Nds.	Beck'scher Online-Kommentar Polizei- und Ordnungsrecht Niedersachsen

BeckOK Polizei- und Sicherheitsrecht BY	Beck'scher Online-Kommentar Polizei- und Sicherheitsrecht Bayern
BeckOK Polizeirecht BW	Beck'scher Online-Kommentar Polizeirecht Baden-Württemberg
BeckOK StGB	Beck'scher Online-Kommentar Strafgesetzbuch
BeckOK StPO	Beck'scher Online-Kommentar StPO mit RiStBV und MiStra
Begr.	Begründer*in(en)
Bf.	Beschwerdeführer*in(en)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGHSt	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts in Zivilsachen
BITKOM	Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien
BKAG	Gesetz über das Bundeskriminalamt und die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten
BKR	Zeitschrift für Bank und Kapitalmarktrecht
BLE	Bluetooth Low Energy
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BNDG	Gesetz über den Bundesnachrichtendienst
BoF Econ. Rev.	Bank of Finland Economics Review (Zeitschrift)
Bonner Kommentar GG	Bonner Kommentar zum Grundgesetz
Boston Coll. L. Rev.	Boston College Law Review (Zeitschrift)
Brookings Papers on Econ. Activity	Brookings Papers on Economic Activity (Zeitschrift)
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGK	Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfSchG	Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
Cal. L. Rev.	California Law Review (Zeitschrift)
CB	Compliance-Berater (Zeitschrift)
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
CD	Compact Disk
Communications of the ACM	Communications of the Association for Computing Machinery (Zeitschrift)
Comp. & Sec.	Computers & Security (Zeitschrift)
CR	Computer und Recht (Zeitschrift)
CRR-VO	Capital Requirements Regulation-Verordnung

d.h.	das heißt
dass.	dasselbe
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DS-GVO	Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) vom 27. April 2016, ABl. 2019 L 119/1 ff.
DuD	Datenschutz und Datensicherheit (Zeitschrift)
DVB1	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
DZPhil	Deutsche Zeitschrift für Philosophie
ebd.	ebenda
E-Billing	Electronic Billing
EC	Electronic Cash
ECB	European Central Bank
ECLI	European Case Law Identifier
E-Commerce	Electronic Commerce
Econ. Comm.	Economic Commentaries (Zeitschrift)
Econ. J.	Economic Journal (Zeitschrift)
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
E-Invoicing	Electronic Invoicing
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
Env. and Behav.	Environment and Behavior (Zeitschrift)
EnzEuR II	Europäischer Grundrechtsschutz, Enzyklopädie Europarecht, Band 2
E-Payment	Electronic Payment
EStG	Einkommensteuergesetz
Estonian Disc. on	Estonian Discussions on Economic Policy (Zeitschrift)
Econ. Pol.	
ESVGH Hess.	Entscheidungssammlung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs und des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg mit Entscheidungen des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen und des Verfassungsgerichtshofs für das Land Baden-Württemberg
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuR	Europarecht (Zeitschrift)

EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EZB	Europäische Zentralbank
F&D	Finance & Development (Zeitschrift)
f./ff.	folgende
Faust II	Faust, Eine Tragödie, Zweiter Theil
Fin. Res. Letters	Finance Research Letters (Zeitschrift)
gen.	genannt
Geo. L. J.	Georgetown Law Journal (Zeitschrift)
GewArch	Gewerbearchiv (Zeitschrift)
GewStG	Gewerbesteuergesetz
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GHrsg.	Gesamtherausgeber*in(nen)
GPS	Global Positioning System
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GVwR II	Grundlagen des Verwaltungsrechts, Band 2
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
Harv. L. & Pol. Rev.	Harvard Law & Policy Review (Zeitschrift)
Harv. L. Rev.	Harvard Law Review (Zeitschrift)
HdWW III	Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Band 3
Hess. GVBL.	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen
HGR II	Handbuch der Grundrechte, Band 2
HGR III	Handbuch der Grundrechte, Band 3
HGR IV	Handbuch der Grundrechte, Band 4
Hrsg.	Herausgeber*in(nen)
hrsg.	herausgegeben
HS	Halbsatz
HStR II	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Band 2
HStR III	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Band 3
HStR V	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Band 5
HStR VII	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Band 7
HStR VIII	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Band 8
HStR IX	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Band 9
i.E.	im Ergebnis
i.V.m.	in Verbindung mit
ifo Schnelldienst	Institut für Wirtschaftsforschung Schnelldienst (Zeitschrift)
IMEI	International Mobile Station Equipment Identity
IMF Working Paper	International Monetary Fund Working Paper
IMFS Working Paper	Institute for Monetary and Financial Stability Working Paper
IMVS Fokus Report	Institut für Mobile und Verteilte Systeme Fokus Report
Int. Econ. and Econ. Pol.	International Economics and Economic Policy (Zeitschrift)

IntKomm EMRK	Internationaler Kommentar zur Europäischen Menschenrechtskonvention
Intl. Econ. Rev.	International Economic Review (Zeitschrift)
Intl. J. of Bank Market.	International Journal of Bank Marketing (Zeitschrift)
ISO	International Organization for Standardization
J. of Dem.	Journal of Democracy (Zeitschrift)
J. of Econ. Lit.	Journal of Economic Literature (Zeitschrift)
J. of Econ. Persp.	Journal of Economic Perspectives (Zeitschrift)
J. of Money, Credit and Banking	Journal of Money, Credit and Banking (Zeitschrift)
J. of Netw. and Comp. Appl.	Journal of Network and Computer Applications (Zeitschrift)
J. of Payments Strategy & Systems	Journal of Payments Strategy & Systems (Zeitschrift)
J. of Pol. Econ.	Journal of Political Economy (Zeitschrift)
J. of the Europ. Econ. Assoc.	Journal of the European Economic Association (Zeitschrift)
J. of Value Inquiry	Journal of Value Inquiry (Zeitschrift)
jM	juris – Die Monatszeitschrift
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
K&R	Kommunikation & Recht (Zeitschrift)
KG	Kammergericht
KJ	Kritische Justiz (Zeitschrift)
KritV	Kritische Vierteljahresschrift (Zeitschrift)
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
LG	Landgericht
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung (Zeitschrift)
LT-Drs	Landtags-Drucksache
LVSG BW	Gesetz über den Verfassungsschutz in Baden-Württemberg mit weiteren Nachweisen
m.w.N.	
MADG	Gesetz über den militärischen Abschirmdienst
M-Commerce	Mobile Commerce
MMR	Multimedia und Recht (Zeitschrift)
M-RCBG Associate Working Paper Series	Mossavar-Rahmani Center for Business and Government Associate Working Paper Series
MüKo BGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
MüKo HGB	Münchener Kommentar zum Handelsgesetzbuch
MüKo StGB	Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch
MüKo StPO	Münchener Kommentar zur Strafprozessordnung
MünzG	Münzgesetz
MwStR	Mehrwertsteuerrecht (Zeitschrift)
NBER Working Paper	National Bureau of Economic Research Working Paper
NJOZ	Neue Juristische Online Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NPOG	Niedersächsisches Polizei- und Ordnungsbehördengesetz
npoR	Zeitschrift für das Recht der Non Profit Organisationen

Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
Nw. U. L. Rev.	Northwestern University Law Review (Zeitschrift)
NZWiSt	Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht
Open Econ. Rev.	Open Economies Review (Zeitschrift)
OVG	Oberverwaltungsgericht
Pace L. Rev.	Pace Law Review (Zeitschrift)
Party Pol.	Party Politics (Zeitschrift)
Phil. & Pub. Aff.	Philosophy & Public Affairs (Zeitschrift)
PinG	Privacy in Germany (Zeitschrift)
Privacy & Security L. Rep.	Privacy & Security Law Report (Zeitschrift)
Proceed. on Priv. Enh. Techn.	Proceedings on Privacy Enhancing Technologies (Zeitschrift)
PSD	Payment Service Directive
Publ. Fin. Rev.	Public Finance Review (Zeitschrift)
PWP	Perspektiven der Wirtschaftspolitik (Zeitschrift)
QR	Quick Response
Quarterly J. of Econ.	Quarterly Journal of Economics (Zeitschrift)
RDV	Recht der Datenverarbeitung (Zeitschrift)
Rev. of Econ. & Fin.	Review of Economics & Finance (Zeitschrift)
RFID	Radio-Frequency Identification
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer(n)
RuP	Recht und Politik (Zeitschrift)
S.	Satz/Seite
s.	siehe
SächsVerfGH	Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen
SAFE White Paper	Sustainable Architecture for Finance in Europe White Paper
San Diego L. Rev.	San Diego Law Review (Zeitschrift)
ScheckG	Scheckgesetz
Scient. Rep.	Scientific Reports (Zeitschrift)
SEPA	Single European Payments Area
SIM	Subscriber Identity Module
SMS	Short Message Service
StabG	Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft
Stan. L. Rev.	Stanford Law Review (Zeitschrift)
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
SWIFT	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication
SZW/RSDW	Schweizerische Zeitschrift für Wirtschafts- und Finanzmarktrecht (Zeitschrift)
U. Chi. L. Rev.	University of Chicago Law Review (Zeitschrift)
U. Pa. L. Rev.	University of Pennsylvania Law Review (Zeitschrift)
u.	und

u.a.	unter anderem
U.S.	United States Report
UAbs.	Unterabsatz
UDID	Unique Device Identifier
Univ. of Louisville L. Rev.	University of Louisville Law Review (Zeitschrift)
v.	von
Verf.	Verfasser
Verf. RP	Verfassung für Rheinland-Pfalz
VerwArch	Verwaltungsarchiv (Zeitschrift)
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vorbem.	Vorbemerkung
VSG NRW	Gesetz über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen
VuR	Verbraucher und Recht (Zeitschrift)
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staats- rechtslehrer
Wash. L. Rev.	Washington Law Review (Zeitschrift)
Wash. U. L. Rev.	Washington University Law Review (Zeitschrift)
WG	Wechselgesetz
WiSt	Wirtschaftswissenschaftliches Studium (Zeitschrift)
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung (Zeitschrift)
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WPg	Die Wirtschaftsprüfung (Zeitschrift)
Yale L. J.	Yale Law Journal (Zeitschrift)
z.B.	zum Beispiel
ZAG	Gesetz über die Beaufsichtigung von Zahlungsdiensten
ZAGEG 2018	Gesetz zur Umsetzung der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZD	Zeitschrift für Datenschutz
ZfDg	Gesetz über das Zollkriminalamt und die Zollfahndungsäm- ter
ZfE	Zeitschrift für Ethnologie
ZfgK	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschafts- recht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZP	Zusatzprotokoll
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft

Bezeichnungen nationaler und unionaler Rechtsakte und andere Abkürzungen sind hier nur aufgeführt, soweit sie nicht bei ihrer ersten Erwähnung im Text näher bestimmt werden.



## Einleitung und Problemskizze: Beschränkung „geprägter Freiheit“?

„Wo fehlt's nicht irgendwo auf dieser Welt?  
Dem dies, dem das, hier aber fehlt das Geld.“<sup>1</sup>

„Geld ist geprägte Freiheit.“<sup>2</sup> Dieser Satz findet im juristischen Kontext immer wieder Erwähnung. Das Bundesverfassungsgericht zitiert ihn, um die durch Geld ermöglichte Freiheitsausübung des Individuums zu illustrieren.<sup>3</sup> Die Literatur verwendet ihn in ähnlichem Kontext.<sup>4</sup> Die vorliegende Untersu-

---

<sup>1</sup> von Goethe, Faust II, S. 9. Das Zitat markiert den Auftakt für das mephistophelische Papiergeld, mit dem Goethe auf die Ambivalenz der Möglichkeiten und Gefahren ungedeckten (Bar-)Geldes anspielt, das auch die Grundlage für die Entwicklung des heutigen Geldsystems bildet. Bezug darauf nimmt in der Diskussion über Bargeldbeschränkungen auch Rogoff, *The Curse of Cash*, S. 15, 21 und 24, unter Verweis auf James, *Germany Should Re-Read Goethe's Faust Part II*, abrufbar unter <https://www.fnlonon.com/articles/germany-ecb-bond-buying-faust-part-2-20121015> [15.06.2020], der die Verbindung zu aktuellen geldpolitischen Grundsatzfragen herstellt.

<sup>2</sup> Dieses Zitat wird im juristischen Diskurs überwiegend Dostojewski unter Verweis auf dessen Aufzeichnungen aus einem Totenhaus zugeschrieben, s. etwa Knieper, *Zwang, Vernunft, Freiheit*, S. 209; Omlor, *Kryptowährungen im Geldrecht*, ZHR 183 (2019), 294 (296); allerdings variiert der Wortlaut je nach Übersetzung; die hier zitierte Fassung findet sich in Dostojewski, *Aufzeichnungen aus einem Totenhaus* (übersetzt von Dieter Pommerenke), S. 25; in einer anderen Übersetzung wird das Geld als „gemünzte Freiheit“ bezeichnet, s. Dostojewski, *Aufzeichnungen aus einem Totenhaus* (übersetzt von Elisabeth Kaerrick alias E. K. Rahsin), S. 33; ausführlich zu Geld im Werk Dostojewskis Guski, „Geld ist geprägte Freiheit“: Paradoxien des Geldes bei Dostoevskij (I), *Dostoevsky Studies* 16 (2012), 7, und Guski, „Geld ist geprägte Freiheit“: Paradoxien des Geldes bei Dostoevskij (II), *Dostoevsky Studies* 20 (2016), 103. Dagegen spricht etwa Pfeleiderer, *Geld als Ordnungsmacht*, in: Sauermann/Mestmäcker (Hrsg.), *Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung*, S. 471 (472), das Zitat ohne weitere Quellenangabe Schopenhauer zu; vgl. zum Ganzen m.w.N. Lepsius, *Geld als Schutzgut der Eigentumsgarantie*, JZ 2002, 313 (314 in Fußnote 7).

<sup>3</sup> BVerfGE 97, 350 (371) – Euro.

<sup>4</sup> Vgl. etwa Di Fabio, *Bargeld und Bürgerfreiheit*, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), 4. Bargeldsymposium der Deutschen Bundesbank, S. 67 (68 und 78); L. Dittrich, *Geld als geprägtes Vertrauen, Verfassungsrecht als Anker der Glaubwürdigkeit*, in: P. Kirchhof/Kube/Mußnug/Reimer (Hrsg.), *Geprägte Freiheit in Forschung und Lehre*, S. 237 (237);

chung widmet sich ebenfalls der in Geld verkörperten Freiheit. Dies darf wörtlich genommen werden: Es geht um Geld in seiner körperlichen Form, um Bargeld.<sup>5</sup> Zugleich greift die Arbeit eine Dimension persönlicher Freiheit heraus, der in Zeiten massenhafter und dauernder Preisgabe persönlicher Daten in der digitalen wie der analogen Welt mit wenig Rücksicht auf die Konsequenzen zunehmend in den Blick genommen werden muss, und durch mögliche Bargeldbeschränkungen weiter an Relevanz gewinnt: Privatheit.

Wenn individuelle Freiheit ihre Verkörperung möglicherweise auch in Banknoten und Münzen findet, verwundert es nicht, dass die Diskussion über eine potentielle Beschränkung des Bargeldes – von einer vollständigen Abschaffung bis zu Meldepflichten für bestimmte Bartransaktionen – sowohl in der Wissenschaft<sup>6</sup> als auch in Gesellschaft und Politik<sup>7</sup> mit teilweise ausge-

---

*Chr. Herrmann*, Währungshoheit, Währungsverfassung und subjektive Rechte, S. 1; *P. Kirchhof*, Das Geldeigentum, in: Isensee/Lecheler (Hrsg.), Freiheit und Eigentum, S. 635 (641); *P. Kirchhof*, Bankgeheimnis und Geldwäsche aus verfassungsrechtlicher Sicht, in: Hadding/Hopt/Schimansky (Hrsg.), Basel II: Folgen für Kreditinstitute und ihre Kunden, Bankgeheimnis und Bekämpfung von Geldwäsche, Bankrechtstag 2003, S. 79 (88); *P. Kirchhof*, Stabilität von Recht und Geldwert in der Europäischen Union, NJW 2013, 1 (1); *Ohler*, Die hoheitlichen Grundlagen der Geldordnung, JZ 2008, 317 (317 und 324); *Omlor*, Abschied vom Bargeld? – Überlegungen aus geldgeschichtlicher, währungs- und geldprivatrechtlicher Perspektive –, WM 2015, 2297 (2300). Dabei findet sich auch ein Hinweis auf eine mögliche Fehlinterpretation im hier gegenständlichen Kontext der Bargeldbeschränkung, *Rogoff*, The Curse of Cash, S. 64.

<sup>5</sup> Dass Bargeld auch der Gegenstand der ursprünglichen Formulierung bei *Dostojewski* war, wurde verschiedentlich herausgearbeitet, s. etwa *Issing*, Stabiles Geld – eine Illusion? Alternative Währungssysteme – Hayeks Fundamentalkritik – Unabhängigkeit der Notenbanken, SAFE White Paper No. 52, S. 16; *Omlor*, Abschied vom Bargeld? – Überlegungen aus geldgeschichtlicher, währungs- und geldprivatrechtlicher Perspektive –, WM 2015, 2297 (2300). *Omlor* kommt a.a.O. auf S. 2301 jedoch zu dem Ergebnis, dass Kern des Zitats ein Bezug auf die Geldfunktionen sei, die wiederum auch durch unkörperliches Buchgeld erfüllt werden könnten. Die potentielle funktionale Austauschbarkeit wird im Folgenden eine Rolle spielen, zum ersten Mal bei der Frage nach einer „Bargeldersatzfunktion“ (BGHZ 150, 286 [292]) bargeldloser Bezahlverfahren im zweiten Kapitel.

<sup>6</sup> Jüngst *Assenmacher/Krogstrup*, Monetary Policy with Negative Interest Rates: Decoupling Cash from Electronic Money, IMF Working Paper 18/191, bereits früher *Agarwal/Kimball*, Breaking Through the Zero Lower Bound, IMF Working Paper 15/224; *Buiter*, Negative Nominal Interest Rates: Three Ways to Overcome the Zero Lower Bound, NBER Working Paper 15118, S. 20 ff.; *Rogoff*, The Curse of Cash; *Rogoff*, Costs and Benefits to Phasing out Paper Currency, 29 NBER Macroecon. Ann. (2015), 445; *van Hove*, Central Banks and Payment Instruments: a Serious Case of Schizophrenia, 2/66 Communications & Strategies (2007), 19; in Form einer Glosse *Braun*, Geprägte Freiheit vor dem Aus?, JZ 2015, 997.

<sup>7</sup> Vgl. zu beiden Bereichen die Nachweise in BT-Drs. 18/13154, S. 1 f.; die Europäische Kommission führte im Jahr 2017 eine breit angelegte, allerdings nicht repräsentative öffentliche Konsultation zu Bartransaktionsbeschränkungen durch; zu den Ergebnissen *European Commission*, Outcome of the Open Public Consultation on Potential Restrictions

prägter Emotionalität und Verbissenheit geführt wird. Dabei sind Forderungen nach Bargeldbeschränkungen, sogar die Vorstellung einer „bargeldlosen Gesellschaft“<sup>8</sup>, einer “cashless” oder “moneyless society”, in der Bargeld vollständig durch substanzlose Geldformen ersetzt wird, nicht neu.<sup>9</sup> Viele Überlegungen zu einer bargeldlosen Gesellschaft fallen in die Zeit, in der elektronische Buchgeldzahlungen populär wurden.<sup>10</sup> Angesichts der zahlreichen Weiterentwicklungen auf dem Markt der bargeldlosen Bezahlfverfahren und der damit einhergehenden Elektronisierung der Zahlungsabwicklung, die sich nahtlos in die historische Entwicklungstendenz der Entmaterialisierung des Geldes einfügt,<sup>11</sup> ist es deshalb keine Überraschung, dass auch heute Forderungen nach Beschränkungen des Bargeldes<sup>12</sup> laut werden.<sup>13</sup>

Vor dem Hintergrund dieses Diskurses fragt die vorliegende Untersuchung nach Grenzen für mögliche Bargeldbeschränkungen, die sich aus dem Schutz der Privatheit in den Grundrechtsordnungen des Grundgesetzes, der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten ergeben. Privatheit wird sich dabei als wesentlicher Aspekt individueller Freiheit und Bargeld als wesentlicher Aspekt für die Verwirklichung von Privatheit erweisen.

---

on Large Payments in Cash, abrufbar unter [https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/statistical\\_overview.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/statistical_overview.pdf) [15.06.2020].

<sup>8</sup> Weimer, Geschichte des Geldes, S. 23.

<sup>9</sup> *Godschalk*, Computergeld, S. 53 m.w.N.; s. auch *Bergsten*, Credit Cards – a Prelude to the Cashless Society, 8 Boston Col. L. Rev. (1967), 485; *Dach*, Payment in Cashless Societies, in: Flume/H. J. Hahn/Kegel/Simmonds (Hrsg.), Internationales Recht und Wirtschaftsordnung, S. 707; *Hadding*, Zahlungsverkehr in europaweiter Entwicklung, in: Stiftung Gesellschaft für Rechtspolitik (Hrsg.), Bitburger Gespräche 1992, S. 41 (43); *Speiser*, Abolish Paper Money and Eliminate Most Crime, 61 A. B. A. J. (1975), 47; *Warwick*, Reducing Crime By Eliminating Cash. *Giovanoli*, Bargeld – Buchgeld – Zentralbankgeld, in: Gehring/Schwandner (Hrsg.), Banken und Bankrecht im Wandel, S. 87 (120), spricht im Jahr 1993 sogar schon von „der heutigen ‚cashless society‘“. S. auch *Amsel*, Geld und Kriminalität, S. 34 ff., wobei diese Schrift kritisch zu betrachten ist, vgl. *Bull*, Kein Bargeld – keine Kriminalität?, DIE ZEIT 42/1967. Zu möglichen Auswirkungen einer bargeldlosen Gesellschaft *Birch*, Before Babylon, Beyond Bitcoin, S. 123 ff.; vgl. schließlich auch die Forderung nach einer Vorstufe der bargeldlosen Gesellschaft, einer “less-cash society”, *Rogoff*, The Curse of Cash, S. 115.

<sup>10</sup> Vgl. nur *Bergsten*, Credit Cards – a Prelude to the Cashless Society, 8 Boston Col. L. Rev. (1967), 485; *Münch*, Das Giralgeld in der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland, S. 46 m.w.N.; *Speiser*, Abolish Paper Money and Eliminate Most Crime, 61 A. B. A. J. (1975), 47.

<sup>11</sup> Ausführlich dazu im zweiten Kapitel bei der Betrachtung der historischen Entwicklungslinien und der verschiedenen Wege der Übertragung von Geld.

<sup>12</sup> Wohl am wirkmächtigsten: *Rogoff*, Costs and Benefits to Phasing out Paper Currency, 29 NBER Macroecon. Ann. (2015), 445; *Rogoff*, The Curse of Cash.

<sup>13</sup> *Zivier*, Abschaffung des Bargeldes?, RuP 2017, 137 (137).

Der Zusammenhang zwischen Bargeld und Privatheit ergibt sich – wie sich im Weiteren ausführlich zeigen wird – aus der mit Bargeldbeschränkungen verbundenen Veranlassung zur Preisgabe „privater“ Daten. Macht eine hoheitliche Beschränkung die Nutzung von Bargeld ganz oder teilweise unmöglich, veranlasst dies die Privatheitsträger zu einem Ausweichen auf bargeldlose Bezahlverfahren. Eine andere Möglichkeit besteht nicht, da in der heutigen komplexen, arbeitsteiligen Geldwirtschaft die Verwendung von Geld als allseits akzeptierter Vermittler in beinahe jedem wirtschaftlichen Austauschverhältnis ohne Alternative ist. Nutzt der Privatheitsträger getrieben durch eine Beschränkung der Bargeldverwendung ein bargeldloses Bezahlverfahren, bedarf jeder Zahlungsvorgang wegen der Eigenschaft des Buchgeldes als Forderung der Vermittlung durch wenigstens einen Intermediär und generiert dabei wenigstens einen Mindestsatz an Daten, der für die korrekte Allokation und Umbuchung des Buchgeldes erforderlich ist.

Der Zahlungsvorgang ist somit nachverfolgbar, die bei einer Barzahlung mögliche relative Anonymität der Transaktion fehlt der Nutzung bargeldloser Bezahlverfahren. Der sich somit notwendigerweise ansammelnde Datenbestand lässt insbesondere in Verknüpfung mit anderen über den Betroffenen verfügbaren Daten und Informationen weite Rückschlüsse über den Privatheitsträger und seine persönlichen Vorlieben und Eigenschaften zu. Diese können mittels fortschrittlicher, computerbasierter Auswertungstechnologie mit großer Präzision ermittelt und sowohl durch Private, etwa zum Zwecke individueller Beeinflussung, als auch durch hoheitliche Akteure, etwa zur möglichst genauen Ausforschung in der Gefahrenabwehr oder Strafverfolgung, genutzt werden. Sowohl die Veranlassung der Datenpreisgabe als auch die Auswertungsmöglichkeiten kollidieren mit der Privatheit des Betroffenen. Letztere ist in allen drei gegenständlichen Grundrechtsordnungen umfassend geschützt. Deshalb kann dieser grundrechtliche Schutz der Privatheit dem initialen Akt – der hoheitlichen Beschränkung des Bargeldes – Grenzen setzen. Diese gilt es zu erörtern.

## Kapitel 1

# Bargeldbeschränkungen und ihre privatheits- grundrechtlichen Grenzen – eine Annäherung

Um sich der Frage nach den Grenzen, die der grundrechtliche Schutz von Privatheit einer Beschränkung des Bargeldes setzt, anzunähern, ist zunächst ein kurzer, cursorischer Blick auf Bargeldbeschränkungen und ihre Gründe angebracht (A.). Auf dieser Grundlage kann das Panorama möglicher Anknüpfungspunkte für rechtliche Grenzen einer Beschränkung des Bargeldes zuerst eröffnet (B.) und im Anschluss auf den hier zu erörternden Schutz der Privatheit enggeführt werden (C.).

### A. Bargeldbeschränkungen

Im Zentrum der Argumentation für Bargeldbeschränkungen stehen drei Gründe. Sie seien zum Zwecke des besseren Verständnisses ebenso wie die einzelnen Beschränkungsmöglichkeiten schon an dieser Stelle kurz vorgestellt (näher dazu im fünften Kapitel). Das erste Ziel ist die Bekämpfung illegaler Aktivitäten. Eine Beschränkung der relativ-anonymen Barzahlung soll durch die dadurch ermöglichte Nachverfolgbarkeit von Geldtransaktionen die Aufdeckung gesetzeswidrigen Verhaltens erleichtern. Als zweites Ziel sollen Bargeldbeschränkungen den geldpolitischen Handlungsspielraum der Zentralbanken in Krisenzeiten und Niedrigzinsphasen um die Einführung signifikanter Negativzinsen erweitern. Signifikanten Negativzinsen steht aktuell eine effektive Zinsuntergrenze entgegen, da den Anlegern, anstatt negative Zinsen auf Buchgeldeinlagen zu akzeptieren, die Flucht in die negativzinsfreie Bargeldhaltung offensteht. Schließlich soll eine Einschränkung des Bargeldes als drittes Ziel zu einer gesamtwirtschaftlichen Einsparung von Zahlungskosten führen, da die – so die Prämisse – kostenintensiveren Barzahlungsvorgänge durch bargeldlose Zahlungen ersetzt würden.

Um diese Ziele potentiell zu erreichen, kommen verschiedene Möglichkeiten einer Beschränkung des Bargeldes in Betracht. Das Zentrum des Erkenntnisinteresses bilden dabei direkte hoheitliche Beschränkungsmöglichkeiten<sup>1</sup>,

---

<sup>1</sup> Außer Betracht bleibt somit ein marktgetriebener Übergang zu bargeldlosen Bezahlvorgängen, da die vorliegende Untersuchung auf eine Erörterung der privatheitsgrundrecht-

die das Bargeld allgemein und nicht nur sektoral<sup>2</sup> zurückdrängen.<sup>3</sup> Solche Beschränkungsmaßnahmen können sowohl auf nationaler Ebene als auch auf Ebene der Europäischen Union erfolgen.

---

lichen Grenzen für unmittelbar durch hoheitliche Akteure veranlasste und intendierte Bargeldbeschränkungen zielt. Eine solche liegt bei einer faktischen Verdrängung des Bargeldes am Markt der Zahlungsmittel nicht vor. Zu solchen Marktveränderungen gehört beispielsweise eine Erschwerung der Bargeldnutzung durch Private, etwa wenn Banken – vor allem aus wirtschaftlichen Gründen – die Bargeldversorgung durch den Abbau von Bargeldausgabeautomaten oder Gebühren für Abhebungen oder Einzahlungen (vgl. jüngst BGH, Urteil vom 18. Juni 2019 – XI ZR 768/17) erschweren, oder die weitere Etablierung bargeldloser Bezahlfverfahren durch entsprechende wirtschaftliche Anreize fördern. Vgl. zum Problem der Bargeldversorgung etwa die Kleine Anfrage nebst Antwort der Bundesregierung in BT-Drs. 18/13154. Grundsätzlich sorgen die zuständigen staatlichen Stellen für eine nachfragebefriedigende Versorgung mit Bargeld (dazu unten im zweiten Kapitel). Sie fördern jedoch auch den reibungslosen Ablauf des bargeldlosen Zahlungsverkehrs (Art. 127 Abs. 2 Spiegelstrich 2 AEUV), etwa durch die Vereinheitlichung des SEPA-Raumes und die Bereitstellung des TARGET2-Systems, dazu *Campbell/Weisman*, Limiting the Use of Cash For Big Purchases: Assessing the Case For Uniform Cash Thresholds, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), *War on Cash: Is there a Future for Cash?*, S. 687 (702 f.). Aus Sicht des grundrechtlichen Schutzes der Privatheit könnte man hier fragen, ob sich eine staatliche Schutzpflicht zur Aufrechterhaltung des Bargeldverkehrs auch dann ergibt, wenn dies von den Marktteilnehmern nicht mehr forciert wird (zur Unterscheidung zwischen Abwehr- und Schutzpflichtdimension im vierten Kapitel). Maßstab wäre dann das Untermaßverbot, vgl. zum Ganzen *Zivier*, Abschaffung des Bargelds?, RuP 2017, 137 (142). In diesen Kontext ist auch die Diskussion über eine Beeinflussung des Zahlungsmittelmarktes mittels sogenannter “nudges” einzuordnen. Soweit private Akteure Anreize für ein Umsteigen der Zahler auf bargeldlose Bezahlfverfahren setzen, fällt dies unter den soeben beschriebenen marktgetriebenen Übergang. Allerdings könnten auch hoheitliche Akteure den Übergang begünstigen, etwa indem sie per rechtlicher Anordnung die schuldbefreiende Wirkung einer Zahlung auf bestimmte Zahlungsmittel beschränken. Dieses Konzept des “nudging” entstammt der Verhaltensökonomie und dem libertären Paternalismus (grundlegend *Sunstein/Thaler*, *Nudge: Improving Decisions about Health, Wealth and Happiness*) und wurde vor allem für die Datenpreisgabe im Internet als mögliches Handlungsinstrument diskutiert (vgl. etwa *Krönke*, Datenpaternalismus, *Der Staat* 55 (2016), 319; *Sandfuchs*, Privatheit wider Willen?). Auch eine Anwendung auf den Zahlungsmittelmarkt in der beschriebenen Weise ist nicht ausgeschlossen. Soweit damit allerdings die Festlegung eines gesetzlichen Zahlungsmittels in der Praxis gemeint ist, anerkennen selbst Befürworter den in der Praxis nicht zu erwartenden Effekt, da die Parteien ohnehin regelmäßig die Erfüllung durch bargeldlose Zahlungen vereinbaren (*van Hove*, Could “Nudges” Steer Us towards a Cash-Less Society?, in: Górká [Hrsg.], *Transforming Payment Systems in Europe*, S. 70 [85 f.]; näher dazu im zweiten Kapitel. Soweit in der Abschaffung von bestimmter Banknoten ein bloßer “nudge” gesehen wird, wird dies hier als eine Ausprägung der Abschaffung von Banknoten hoher Denomination diskutiert; vgl. zum Ganzen *van Hove*, Could “Nudges” Steer Us towards a Cash-Less Society?, in: Górká (Hrsg.), *Transforming Payment Systems in Europe*, S. 70 (insbesondere S. 85 ff.).

<sup>2</sup> Grund für diese Einschränkung ist, dass das Erkenntnisinteresse der Arbeit gerade die flächendeckende Zurückdrängung des Bargeldes durch hoheitliche Einwirkung umfasst.

Die weitreichendste Beschränkung ist eine vollständige Abschaffung des Bargeldes. In diesem Fall würden weder Banknoten noch Münzen verbleiben – der Zahlungsverkehr müsste vollständig bargeldlos abgewickelt werden. Etwas weniger weit geht die Abschaffung von Banknoten hoher Denomination. Dabei lässt sich frei modifizieren, welche Denomination beizubehalten ist. Auch Münzen stehen grundsätzlich zu Disposition. Weiterhin bestehen zwei Möglichkeiten, Bargeld durch monetäre Belastung weniger attraktiv zu machen und dadurch zurückzudrängen. Zum einen könnte ein periodisch fälliger Zahlbetrag auf Bargeld erhoben werden (vergleichbar *Silvio Gesells* Frei- oder Schwundgeld<sup>4</sup>). Zum anderen könnte ein duales Währungsmodell Bar- und Buchgeld wertmäßig entkoppeln und ersteres gegenüber dem für den Wirtschaftsverkehr maßgeblichen letzterem abwerten. Schließlich kommen Bartransaktionsbeschränkungen in Betracht. Diese beziehen sich lediglich auf Barzahlungen ab einer gewissen betragsmäßig festgesetzten Höhe, indem sie entweder die Barzahlung für solche Transaktionen ausschließen oder eine Meldepflicht vorsehen.

Manche dieser Beschränkungsmöglichkeiten finden in der Praxis bereits Umsetzung, was die (politische) Diskussion weiter antreibt. So ist beispielsweise die 500-Euro-Banknote in der zwischen Mai 2013 und Mai 2019 durch die Zentralbanken des Euroraumes schrittweise ausgegebenen neuen „Europa-Serie“ der Euro-Banknoten nicht mehr enthalten.<sup>5</sup> Auch Bartransaktionsbeschränkungen bestehen bereits in vielen EU-Mitgliedstaaten. Daneben existieren geldwäscherechtliche Pflichten, die sich beispielsweise auf die Bargeldverwendung in einem bestimmten Kontext beziehen (etwa Bargeschäfte von Güterhändlern), sowie Anmelde- und Offenlegungspflichten bei der Verbringung von Bargeld in die oder aus der Europäischen Union.<sup>6</sup>

Alle Beschränkungsmöglichkeiten führen zu einer – mehr oder weniger stark ausgeprägten – Zurückdrängung des Bargeldes und damit dem geschilderten Effekt des Ausweichens auf bargeldlose Bezahlfverfahren unter Preisgabe von Zahlungsdaten. Sie können deshalb zunächst gemeinsam behandelt

---

<sup>3</sup> Schließlich unterbleibt – mangels Privatheitsrelevanz – eine Untersuchung von Rundungsregeln und der Abschaffung von Münzen der kleinsten Denominationen. Diese Einschränkungen machen die Bargeldverwendung nicht insgesamt weniger attraktiv, sodass sie kein Ausweichen auf bargeldlose Bezahlfverfahren unter Datenpreisgabe induzieren. Vgl. zu diesen Beschränkungen m.w.N. *Deutsche Bundesbank*, Geschäftsbericht 2015, S. 38 f.; *K. Müller*, Bar oder unbar – eine Entscheidung des Verbrauchers, in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), 3. Bargeldsymposium der Deutschen Bundesbank, S. 63 (72 f.); *Verbeck*, Einführung in die Bargeldökonomie der Bundesrepublik Deutschland, S. 263 f.

<sup>4</sup> Vgl. *Gesell*, Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld; *Gesell*, Die Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag, S. 73 ff.; *Gesell*, Die Reform im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat.

<sup>5</sup> Dazu näher unten S. 80.

<sup>6</sup> Zum Ganzen näher unten S. 391.

werden, bevor im Rahmen der grundrechtlichen Abwägung (fünftes Kapitel) eine Differenzierung zwischen den einzelnen, mit unterschiedlicher Eingriffsintensität hinsichtlich der Privatheit verbundenen Beschränkungsmöglichkeiten angezeigt ist.

## B. Panorama: Anknüpfungspunkte rechtlicher Grenzen für eine Beschränkung des Bargeldes

Bargeld – “one of mankind’s most brilliant inventions”<sup>7</sup> – ist wie das Geld an sich ein interdisziplinäres Phänomen. Seine Bestimmung oszilliert mindestens zwischen soziologisch-tatsächlichen, ökonomischen und juristischen Aspekten (dazu näher im zweiten Kapitel). Entsprechend vielschichtig sind auch die Hindernisse, die einer Bargeldbeschränkung entgegenstehen können. In der Praxis werden sich Durchsetzbarkeitsprobleme stellen, etwa in Form wirtschaftlicher Substitutionseffekte oder gesellschaftlichen Widerstandes. Gegebenenfalls können solche Effekte begrenzt werden (etwa durch rechtliche Anordnung), eine vollständige Verdrängung ist jedoch nicht möglich.<sup>8</sup>

Die vorliegende Untersuchung fokussiert sich auf rechtliche Grenzen, speziell auf den Schutz der Privatheit in den Grundrechtsordnungen des Grundgesetzes, der Grundrechtecharta und der EMRK. Zur besseren Einordnung der Problematik soll hier einleitend und schlaglichtartig das Panorama möglicher Anknüpfungspunkte für rechtliche Grenzen eröffnet werden, um im nächsten Abschnitt eine Engführung auf den grundrechtlichen Privatheitsschutz vorzunehmen und dessen weitere Untersuchung zu strukturieren (unten C.). Die rechtlichen Anknüpfungspunkte finden sich zum einen in der Währungsverfassung (I.), zum anderen in den Grundrechten und Grundfreiheiten (III.). Wenn hier sowohl objektiv- als subjektiv-rechtliche Aspekte eine Rolle spielen und sich in wesentlichen Teilen überlagern, zeigt dies, wie stark die beiden Bereiche für den Fall einer Bargeldbeschränkung zusammenhängen (II.).<sup>9</sup> Entsprechend werden Aspekte der Währungsverfassung auch später bei der Betrachtung aus privatheitsgrundrechtlicher Sicht immer wieder aufscheinen.

---

<sup>7</sup> *Sands*, *The Dark Side of Cash – Facilitating Crime and Impeding Monetary Policy*, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), *War on Cash: Is there a Future for Cash?*, S. 23 (23).

<sup>8</sup> Dazu näher im fünften Kapitel bei der Untersuchung der Zielverwirklichung durch Bargeldbeschränkungen; vgl. schon jetzt *Di Fabio*, *Bargeld und Bürgerfreiheit*, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), 4. Bargeldsymposium der Deutschen Bundesbank, S. 67 (70 ff.).

<sup>9</sup> Instruktiv *Di Fabio*, *Bargeld und Bürgerfreiheit*, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), 4. Bargeldsymposium der Deutschen Bundesbank, S. 67 (72 ff.).

## I. Währungsverfassung

Innerhalb der Währungsverfassung (detailliert zu dieser und den hier angerisenen Aspekten nochmals unten im zweiten Kapitel) ergeben sich verschiedene Anknüpfungspunkte einer normativen Verankerung des Bargeldes im unionalen Primär- und im nationalen Verfassungsrecht,<sup>10</sup> aus denen eine Pflicht zur Ausgabe von Banknoten und Münzen geschlossen werden könnte.<sup>11</sup> Diese Aspekte sollen hier zum Zwecke einer umfassenden Einordnung von Bargeldbeschränkungen aufgeworfen werden, können jedoch wegen des Schwerpunktes der Untersuchung auf privatheitsgrundrechtlichen Aspekten nicht abschließend behandelt werden.

### 1. Textliche Verankerung im Primär- und Verfassungsrecht

Einen ersten Hinweis könnte die textliche Verankerung von Euro-Banknoten und Euro-Münzen in Art. 128 AEUV geben, der die Ausgabe und Genehmi-

---

<sup>10</sup> Neben der normativen Verankerung von Bargeld ergibt sich für den Sonderfall des dualen Währungsmodells ein Konflikt mit dem (nicht ausdrücklich normierten) Nominalwertprinzip, da je nach Ausgestaltung des Währungsmodells der Nennwert einer Banknote oder Münze wirtschaftlich nicht mehr die maßgebliche Größe ist. Näher zum Nominalwertprinzip unten im zweiten Kapitel, zu den verschiedenen Ausgestaltungen eines dualen Währungsmodells unten im fünften Kapitel.

<sup>11</sup> Neben dieser Frage stellen sich im Zusammenhang mit Bargeldbeschränkungen noch zahlreiche weitere objektiv-rechtliche Probleme, die nicht im Fokus dieser Arbeit stehen. Dazu gehört beispielsweise die Frage, ob die Gewährleistung der Preisstabilität (Art. 127 Abs. 1 AEUV) durch das Europäische System der Zentralbanken bei einer Bargeldabschaffung noch effektiv möglich ist. In der Geldtheorie existiert die Auffassung, dass Bargeld Voraussetzung für einen hinreichenden Einfluss der Zentralbank auf die Preisstabilität ist, dazu m.w.N. und zur Gegenansicht *Assenmacher/Krogstrup*, Monetary Policy with Negative Interest Rates: Decoupling Cash from Electronic Money, IMF Working Paper 18/191, S. 20 ff.; *Rogoff*, The Curse of Cash, S. 225 ff. Ebenfalls aus objektiv-rechtlicher Sicht problematisch ist die Frage nach sinkenden Seigniorage-Einnahmen und der Zentralbankunabhängigkeit, dazu m.w.N. *Assenmacher/Krogstrup*, Monetary Policy with Negative Interest Rates: Decoupling Cash from Electronic Money, IMF Working Paper 18/191, S. 24 ff.; *Kireyev*, The Macroeconomics of De-Cashing, IMF Working Paper 17/71, S. 15; *Rogoff*, Costs and Benefits to Phasing out Paper Currency, 29 NBER Macroecon. Ann. (2015), 445 (450 f.); *Rogoff*, The Curse of Cash, S. 80 ff. und 140 f. Aus der Perspektive des Sozialstaatsprinzips (Art. 20 Abs. 1 GG) ergeben sich verschiedene Fragen, etwa hinsichtlich der Verfügbarkeit längerfristiger Vermögensanlagen zur Altersvorsorge o.ä. in einem Negativzinsumfeld, *Siekmann*, Restricting the Use of Cash in the European Monetary Union, IMFS Working Paper 108, S. 24. Auch die generelle Frage, welche gesamtwirtschaftlichen Verluste eine Bargeldeinschränkung zur Folge haben könnte (dazu *Rösl/Seitz/Tödter*, Besser ohne Bargeld?, Weidener Diskussionspapiere Nr. 58, S. 18 ff.), kann aus objektiv- und subjektivrechtlicher Sicht behandelt werden. Zu einer finanzverfassungsrechtlichen Fragestellung bezüglich Negativzinsen *Di Fabio*, Bargeld und Bürgerfreiheit, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), 4. Bargeldsymposium der Deutschen Bundesbank, S. 67 (73 f.).

gung von Banknoten und Münzen regelt.<sup>12</sup> Um nicht leerzulaufen, könnte die Norm den Bargeldumlauf voraussetzen.<sup>13</sup> Allerdings könnte man auch von einer bloßen Kompetenzzuweisung ohne Pflicht zur Ausübung der Kompetenz ausgehen.<sup>14</sup> Der Wortlaut selbst gibt hier keine eindeutige Antwort. Nach Art. 128 Abs. 1 S. 2 AEUV „sind [die Zentralbanken] zur Ausgabe dieser Banknoten berechtigt“. Nach Art. 128 Abs. 2 AEUV „haben [die Mitgliedstaaten] das Recht zur Ausgabe von Euro-Münzen“. Die englische Sprachfassung benutzt jeweils das Wort „may“.<sup>15</sup> Ähnlich stellt sich die Lage im nationalen Verfassungsrecht dar. Dort sieht Art. 88 S. 1 GG die Errichtung einer „Währungs- und Notenbank“ vor<sup>16</sup> und bietet dadurch eine textliche Anknüpfung jedenfalls für Banknoten. Die Norm ist als Kompetenzzuweisung zu verstehen, inzwischen jedoch ohnehin durch die Übertragung auf die europäische Ebene überlagert.<sup>17</sup> Die Münzausgabe ist im einfachen Recht auf Grundlage des Art. 73 Abs. 1 Nr. 4 GG geregelt.<sup>18</sup>

Allein aus der textlichen Verankerung von Banknoten und Münzen im Primär- und Verfassungsrecht lassen sich somit noch keine eindeutigen Schlüsse hinsichtlich einer Pflicht zur Ausgabe von Bargeld ziehen. Davon unabhängig zu betrachten ist die Frage, ob sich eine solche Pflicht dem Sekundärrecht – konkret Art. 10 S. 1 und Art. 11 S. 1 Euro-EinführungsVO II<sup>19</sup> – entnehmen lässt. Allerdings steht eine Änderung dieser Normen dem Unionsgesetzgeber offen.<sup>20</sup> Entsprechendes gilt für § 14 BBankG.<sup>21</sup>

<sup>12</sup> Dazu nochmals unten S. 75 und S. 78.

<sup>13</sup> *Zivier*, Abschaffung des Bargelds?, RuP 2017, 137 (137 Fn. 1); vgl. dazu ablehnend *Omlor*, Abschied vom Bargeld? – Überlegungen aus geldgeschichtlicher, währungs- und geldprivatrechtlicher Perspektive –, WM 2015, 2297 (2299).

<sup>14</sup> So *Omlor*, Abschied vom Bargeld? – Überlegungen aus geldgeschichtlicher, währungs- und geldprivatrechtlicher Perspektive –, WM 2015, 2297 (2299).

<sup>15</sup> Zum Ganzen *Siekmann*, Restricting the Use of Cash in the European Monetary Union, IMFS Working Paper 108, S. 11.

<sup>16</sup> Damit verbunden ist ein Verfassungsauftrag zur Errichtung und Erhaltung der Deutschen Bundesbank, BVerfGE 142, 123 (232) – OMT-Urteil; *Häde*, in: Kahl/Waldhoff/Walter (Hrsg.), Bonner Kommentar GG, Bd. 17, Art. 88 Rn. 98 ff.; *Stern*, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. II, S. 472 ff.

<sup>17</sup> *Häde*, in: Kahl/Waldhoff/Walter (Hrsg.), Bonner Kommentar GG, Bd. 17, Art. 88 Rn. 121 ff.; vgl. auch *Heun*, in: Dreier (Hrsg.), GG, Bd. 3, Art. 88 Rn. 25; *Remmert*, in: Epping/Hillgruber (Hrsg.), BeckOK GG, Art. 88 Rn. 6 f.; *Siekmann*, in: Sachs (Hrsg.), GG, Art. 88 Rn. 20. Ebenfalls zurückhaltend schon nach alter Rechtslage *Suhr*, Die Geldordnung aus verfassungsrechtlicher Sicht, in: Starbatty (Hrsg.), Geldordnung und Geldpolitik in einer freiheitlichen Gesellschaft, S. 91 (102 f.).

<sup>18</sup> *Remmert*, in: Epping/Hillgruber (Hrsg.), BeckOK GG, Art. 88 Rn. 6 f.

<sup>19</sup> Verordnung (EG) 974/98 des Rates über die Einführung des Euro vom 3. Mai 1998, ABl. 1998 L 139/1 ff., zuletzt geändert durch ÄndVO (EU) 827/2014 des Rates vom 23. Juli 2014, ABl. 2014 L 228/3.

<sup>20</sup> Für eine sekundärrechtliche Ausgabepflicht *Omlor*, Abschied vom Bargeld? – Überlegungen aus geldgeschichtlicher, währungs- und geldprivatrechtlicher Perspektive –, WM

## Sachverzeichnis

- Abgrenzung der Grundrechtsfunktionen 326, 332
- Abschottung 202
- Abwehrfunktion der Grundrechte 320, 326, 370
- Aktivitäten, illegale
  - Bekämpfung 5, 394, 413, 452, 468
  - und Bargeld 413
- Annahmezwang, gesetzlicher *siehe* gesetzliches Zahlungsmittel
- Apple Pay, 162, 167, 179, 242, 271, 312, *siehe auch* Bezahlverfahren, bargeldlose
- Autonomie, persönliche 209, 213, 217, 222, 223, 231, 308, 313, 334, 338, 349
  
- Banknoten *siehe* Bargeld
- Bargeld 9, 61, 67, *siehe auch* Barzahlung
  - als Erscheinungsform des Geldes 44
  - als gesetzliches Zahlungsmittel 99
  - Alternativen 174, 242
  - Banknoten 47, 78
  - Entstehung 81
  - ~ersatzfunktion 130, 162, 174, 242
  - Kosten 399, 402, 434, 439, *siehe auch* gesamtwirtschaftliche Zahlungskosten
  - ~lose Zahlung, *siehe* Bezahlverfahren, bargeldlose
  - Münzen 38, 75
  - Untergang 84
- Bargeldbeschränkung
  - Abschaffung von Banknoten hoher Denomination 5, 383, 423, 434, 444, 476, 478
  - Bartransaktionsbeschränkungen (Barzahlungsobergrenze, Meldepflicht) 5, 217, 389, 427, 437, 444, 449, 467, 474, 476, 478, 480
  - duales Währungsmodell 5, 387, 426, 436, 444, 457, 467, 476, 478
  - periodisch fälliger Zahlbetrag 5, 385, 426, 435, 444, 457, 467, 476
  - vollständige Abschaffung 5, 382, 423, 433, 444, 467, 476
- Barzahlung *siehe auch* Bargeld
  - rechtliche Einordnung 125
  - relative Anonymität 175
- Bedürfniskoinzidenz 65, 241
- Beruf 27, 28, 211, 1, 256, 297, 367
- Bezahlverfahren, bargeldlose
  - Bargeldersatzfunktion 130, 162, 174, 242
  - Datenübertragung 135, 137, 140, 152, 167, 173, 175, *siehe auch* Preisgabe
  - im Internet 150, *siehe auch* PayPal
  - Kartenzahlung 138, *siehe auch* MasterCard und VISA
  - Lastschrift 136
  - mobile Bezahlverfahren 158, *siehe auch* Apple Pay, Google Pay, iZettle und PAYBACK PAY
  - Scheck 137
  - Überweisung 134
  - Wechsel 137
- Bluetooth Low Energy 171, 271, 148
- Buchgeld 61, 67, 101
  - als Erscheinungsform des Geldes 44
  - Bargeldersatzfunktion 174
  - Entstehung 68, 91
  - juristische Definition 90

- Personalisierung 90, 177
- *siehe auch* E-Geld
- Untergang 93
- Bundesbank, Deutsche 11, 17, 75, 78, 83, 84, 105, 114, 115, 127, 344, 420, 470, *siehe auch* Europäisches System der Zentralbanken
- Chilling effect *siehe* Einschüchterungseffekt
- Cookies, 262, 268, 300, *siehe auch* Nachverfolgung im Internet
- Demokratie 195, 213
- Duales Währungsmodell *siehe* Bargeldbeschränkung, duales Währungsmodell
- E-Geld 52, 94, 146, 153, 242, 277
- Edelmetalle 35, 38, 49, 102
- Eigentum 19, 90, 118, 124, 126, 187, 192, 241, 250, 332, 377, 397
- Eingriff in Grundrechte
  - durch Bargeldbeschränkungen 335, 358, 368
  - Eingriffsbegriffe 335, 370
  - Einwilligung in den ~ 355, 374
  - Intensität 460, 474, 476, 478, 480
- Einrichtungsgarantie, grundrechtliche 320, 332
- Einschüchterungseffekt 212, 215, 337, 370
- Einwilligung
  - grundrechtliche ~ 486, *siehe auch* Eingriffe in Grundrechte
  - als einfachrechtlicher Erlaubnisbestand 486
- Entmaterialisierung des Geldes 3, 34, 58
- Erfolgswahrscheinlichkeit 410, 450, 474, 476, 479, 480, 497, *siehe auch* Prognose
- Europäische Kommission 98, 391
- Europäische Zentralbank 74, 75, 78, 94, 107, 108, 111, 113, 114, 115, 421, 470
- Europäisches System der Zentralbanken 68, 71, 87, 105, 107, 113, 116
- Freigeld/Freiwirtschaftslehre *siehe* Schwundgeld
- Freiheitsausübung 1
- Geld *siehe auch* Bargeld, Buchgeld, E-Geld und „virtuelle Währungen“
  - ~formen, primitive 35
  - ~formen *siehe* Bargeld, Buchgeld, E-Geld
  - ~funktionen 63, 68, 121
  - historische Entwicklung 33
  - juristische Definition 117
  - Notwendigkeit der Verwendung 240
  - wirtschaftswissenschaftliche Definition 63
- Geldmenge 70
- Geldschöpfung 13, 63, 67, 69, 89
- Geldwäsche 275, 281, 294, 330, 389, 395, 414, 417, 419, 427, 428, 446
- Geräteaccountnummer 168, 312
- Gesetzliches Zahlungsmittel 12, 98
- Gold, *siehe* Edelmetalle
- Google Pay, 165, 167, 179, 242, 254, 271, *siehe auch* Bezahlverfahren, bargeldlose
- Greshamsches Gesetz 41
- Inklusion 29
- iZettle, 160, 167, *siehe auch* Bezahlverfahren, bargeldlose
- Kernbereich 317, 380
- Kontostammdaten 281, 317, 349, 463, 493
- Korruption 419, *siehe auch* Aktivitäten, illegale
- Kosten *siehe* Zahlungskosten, gesamtwirtschaftliche
- Kreditkarte *siehe auch* MasterCard und VISA
- Kriminalität *siehe* Aktivitäten, illegale
- Liquiditätsfalle 397, 454
- MasterCard 52, 141, 142, 145, *siehe auch* Kreditkarte
- Microtargeting 291, 299, 354, 465
  - personalisierte Empfehlungen und Werbung 294, 299

- politisches ~ 294, 304
- Münzen *siehe* Bargeld
- Nachverfolgung im Internet 171, 262, 265, 268, 271, 273, 300
- Near Field Communication 148, 162, 164, 172, 174, 303, 490
- Netzwerk, soziales 256, 258, 258, 279, 304
- Panopticon 341, 355
- Papiergeld 47, *siehe auch* Bargeld
- PAYBACK PAY, 167, 173, 179, 254, *siehe auch* Bezahlverfahren, bargeldlose
- PayPal, 52, 94, 127, 130, 137, 152, 155, 162, 165, 168, 174, 179, 253, 271
- Personenbezug 311, 366
- Persönlichkeit
  - freie Entfaltung der ~ 223
  - ~profil 198, 290, 292, 298, 319
  - ~srelevanz von Zahlungsdaten 248, 314, 461
- Preisgabe 192, 196, 227, 1, 308
  - im Internet 255, 265, 273
  - implizite und explizite 244
  - von Zahlungsdaten, 19, 1, 245, 252, 253, 265, 273, 326, 336, 338, 346, 347, 352, 355, 361, 369, 372, 374, 457, 462, 466, 482, 486, 491, 494, *siehe auch* Bezahlverfahren, bargeldlose
- Privatautonomie 26
- Privatheit
  - dezisionale 207, 210, 485
  - Eigenwert 185, 208, 342
  - grundrechtlicher Schutz 215
  - historische Perspektiven 183
  - informationelle 208, 210, 215, 246, 308, 337, 337, 370, 376, 481, 485, 494
  - Inhalt 204, 246
  - Konzeptionalisierung 182, 205, 216
  - lokale 207, 209
- Prognose 265, 272, 295, 303, 406, 410, 420, 427, 431, 445, 449, 450, 475, 494, *siehe auch* Erfolgswahrscheinlichkeit
- Rasterfahndung 285, 288, 292, 295, 464
- Recheneinheit *siehe* Geldfunktionen
- Recht auf informationelle Selbstbestimmung 182, 227, 233, 308, 318, 323, 327, 329, 336, 338, 346, 348, 360, 363, 376, 460, 461, 483
- Religion 29, 37, 38, 43, 192, 325
- Schattenwirtschaft *siehe* Aktivitäten, illegale
- Schutzpflichtfunktion der Grundrechte 320, 325, 358, 368, 393
- Schwundgeld 7, 386, 400, 445, *siehe auch* Bargeldbeschränkung, periodisch fälliger Zahlbetrag
- Selbstzurücknahme *siehe* Einschüchterungseffekt
- Silber, *siehe* Edelmetalle
- Steuerhinterziehung *siehe* Aktivitäten, illegale
- Streubreite 342, 460, 464
- Systemdatenschutz 489
- Tauschmittelfunktion *siehe* Geldfunktionen
- Tiefenwirkung 460, 467
- Tracking im Internet *siehe* Nachverfolgung im Internet
- Übereignung 124, 131
- Verfahrensanforderungen 495
- Verhältnismäßigkeit
  - als Maßstab 376
  - von Bargeldbeschränkungen 375, 475
- Vertiefung bestehender Grundrechtseingriffe 348, 372, 463
- Vertragsfreiheit *siehe* Privatautonomie
- Vertrauen 54, 61, 215, 215, 415
  - in die Integrität von Kontexten 203, 290, 340, 483, 487, 490, 491
  - in die Werthaltigkeit von Geld 30, 40, 41, 44, 51, 63, 107
  - ~bildung durch Geldpolitik 112, 472
- Vervollständigung des Datenbestandes über einen Privatheitsträger 1, 265,

- 266, 269, 343, 348, 355, 369, 372,  
462, 463, 484, 485, 491  
„virtuelle Währungen“ 53, 67, 95, 122,  
155, 242, 416, 480  
VISA 52, 140, 142, 145, 148, *siehe*  
*auch* Kreditkarte  
Vorratsdatenspeicherung 344, 346, 373,  
492
- Wahlen s. Microtargeting, politisches  
Währungshoheit 23, 103, 115  
Währungsverfassung 9, 219  
Wallet-System *siehe* PayPal  
Wertaufbewahrungsfunktion *siehe*  
Geldfunktionen  
Wirtschaftspolitik 103, 108, 111
- Zahlungskosten, gesamtwirtschaftliche  
– Einsparung durch Bargeldbeschrän-  
kungen 401, 438, 473  
– Kosten verschiedener Bezahlverfah-  
ren 438  
Zahlungsmittelfunktion *siehe* Geldfunk-  
tionen  
Zero lower bound *siehe* effektive Zins-  
untergrenze  
Zinsen, negative 17, 25, 397, 401, 430,  
434, 449, 454, 471  
Zinsuntergrenze, effektive *siehe auch*  
Zinsen, negative  
– Absenkung durch Bargeldbeschrän-  
kungen 397, 430, 454, 470  
– Ursache 397